

# Zukunft der Pensionen

Langfassung, Mai 2001

## Gegen die Privatisierung sozialer Risiken

### Die Pensionen haben auf den Finanzmärkten nichts zu suchen Für die Stärkung des Generationenvertrags durch Vollbeschäftigung

Stürmische Zeiten stehen dem Wohlfahrtsstaat bevor. Allorts blasen neoliberale Politiker zur Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme. EU-Kommission, OECD und Weltbank drängen trotz zunehmenden Reichtums und Wirtschaftswachstums auf eine Beschränkung der öffentlichen Ausgaben für soziale Sicherheit. Durch die Versicherung jedes einzelnen auf dem freien Markt soll die Abgabenquote gesenkt und der Generationenvertrag aufgekündigt werden.

Das öffentliche Pensionssystem wird in den Medien als nicht mehr finanzierbar dargestellt. Ein gigantischer Werbefeldzug der privaten Versicherungswirtschaft versucht die individuelle Vorsorge als bessere "Alternative" zu verkaufen. Das Kuriose an der Kampagne: Den Versicherern gelingt es, die Umwandlung eines bisher nicht gewinnorientierten Bereichs in einen Profitsektor als "gemeinnütziges" Unterfangen darzustellen. Hauptmotiv ihrer Werbestrategie ist die Angst – vor dem angeblichen Zusammenbruch des staatlichen Systems. Bei nüchterner Betrachtung ist das kapitalgedeckte System jedoch in vieler Hinsicht unterlegen, vor allem ist es riskanter und teurer.

Was ist das Umlageverfahren (ULV)?

Das ULV ist das öffentlich-staatliche Pensionssystem, in dem die heute versicherten Erwerbstätigen die fälligen Pensionen bezahlen und dadurch den Anspruch erwerben, dass ihre Pensionen von den künftigen ArbeitnehmerInnen bezahlt werden. Das Geld geht somit direkt von den Aktiven an die Pensionisten über. Das ULV wird auch als Generationenvertrag bezeichnet.

Was ist das [private] Kapitaldeckungsverfahren (KDV)?

Im privaten Kapitaldeckungsverfahren spart jede Person für die eigene Altersvorsorge in Form von Aktien, Anleihen und Immobilien einen Kapitalstock an, der bei Pensionsantritt wieder entspart wird: Die Aktien, Anleihen, Immobilien werden dann wieder verkauft – wenn alles gut geht.

> Hohe Rendite des ULV durch:  
steigende Beschäftigung, Löhne und Gehälter

> Hohe Rendite des KDV durch:  
steigende Zinsen, Aktienkurse, Immobilienpreise, Mieten

# Inhalt

Vorbemerkung.....	3
A) Langfristige Finanzierbarkeit des Umlageverfahrens.....	4
B) Renditechancen und Risiken des Kapitaldeckungsverfahrens .....	6
C) Finanzierung des Kapitaldeckungsverfahrens .....	8
D) Volkswirtschaftliche Auswirkungen .....	9
E) Soziale Problematik des Kapitaldeckungsverfahrens .....	11
F) Wer sind die Gewinner des Kapitaldeckungsverfahrens? .....	13
G) Sinn und Unsinn einer Ergänzung des ULV durch das KDV .....	14
H) Internationale und historische Erfahrungen mit dem KDV .....	16
I) Schlussfolgerungen .....	18
J) Forderungen von ATTAC Österreich .....	19
Literatur .....	20
Grafik 1: Langfristige Entwicklung der Pensionslastquote	
Grafik 2: Langfristige Entwicklung des mittleren Beitragssatzes	

## Vorbemerkung

Die Pensionsdebatte ist eine sehr komplexe, wo soll man sie beginnen?

Ausgangsfrage könnte die Frage sein, wofür der Staat zuständig sein soll und wofür der Markt. Derzeit dominiert der Neoliberalismus, und der sagt, dass der Markt **überall** besser sei als der Staat, die Folge ist der undifferenzierte Ruf nach Privatisierung.

Wir glauben, dass dem nicht so ist und der Staat für manche Aufgaben besser geeignet ist als der Markt, zum Beispiel für die Bereitstellung **kollektiver Güter**. Kollektive Güter sind beispielsweise die öffentliche Sicherheit (wer würde die privatisieren wollen?), Umweltschutz (auch keine Privatsache), Bildung, Kultur oder eben soziale Sicherheit wie Schutz vor Krankheit und Altersarmut.

Die Erfahrung zeigt, dass bei der Bereitstellung kollektiver Güter das Marktversagen sehr hoch ist und der Staat vergleichsweise effizient und erfolgreich ist. Am konkreten Beispiel von Pensionen und Gesundheit bedeutet ein kollektives System ein relativ hohes Maß an sozialem Frieden und geringe Altersarmut bzw. hohen Deckungsgrad und hohes Leistungsniveau in der Gesundheitsversorgung (Österreich).

Wird hingegen die Absicherung gegen Alter und Krankheit dem Markt und dem Individuum überlassen, ergeben sich größere soziale Spannungen und eine hohe Altersarmut sowie ein niedriger Deckungsgrad in der medizinischen Versorgung (Großbritannien, USA).

Selbst die neoklassische Theorie, die das theoretische Fundament für den Neoliberalismus bildet, besagt: Die private Zurverfügungstellung von öffentlichen Gütern führt fast immer dazu, dass zu wenige Menschen sie bekommen, und die bezahlen zuviel dafür (Unterversorgung und Überpreisung).

Wie gering die Versorgungssicherheit in privaten Systemen ist (und wie systemfremd der Solidaritätsgedanke), lässt sich bei Krankenversicherern in den USA, aber genauso gut in Österreich beobachten: Wer sich nur zweimal operieren lässt, muss damit rechnen, von der Versicherung gekündigt zu werden – auch mit 80.

Faktum ist, dass die österreichische Pensionsversicherung das zweithöchste Leistungsniveau in der EU hat – durchschnittlich werden knapp 80 Prozent des letzten Nettolohns / -gehalts ausbezahlt – und dass die Altersarmut relativ gering ist. Das sind Werte, die zu verteidigen es sich lohnt.

## A) Langfristige Finanzierbarkeit des Umlageverfahrens

Die Pensionsleistungen machen derzeit 14,5 Prozent des BIP aus. Für die Beitragszahler sind dies Kosten, für die Pensionisten – erfreuliche – Einkommen. Dieser Betrag wird bis 2030 bei konstanten Bedingungen auf 17,5 Prozent des BIP steigen.<sup>1</sup> Das ist weder ein ökonomisches Horrorszenerario noch unfair, weil dann ein Drittel der Bevölkerung in Pension sein wird. Unter der Annahme einer steigenden Erwerbsbeteiligung werden die Pensionskosten laut EU-Kommission gar nur auf 15,8 Prozent des BIP steigen.

Im Gegensatz dazu der Pensionsexperte Bernd Rürup in seinem Gutachten von 1997 eine bis 2030 sinkende Beschäftigung angenommen. Kein Wunder also, dass er, um 2030 noch dasselbe Leistungsniveau der Pensionsversicherung wie heute zu gewährleisten eine Anhebung der Beitragssätze von derzeit 22,3 Prozent der Bruttolöhne [Arbeitnehmer und Arbeitgeber] auf rund 31 Prozent berechnet hat.<sup>2</sup> Zur einer solch “dramatischen” Anhebung der Beitragssätze gibt es ein ganzes Bündel von Alternativen:

- 1.** Erhöhung der Erwerbsbeteiligung. Ausschlaggebend für die Finanzierung der Pensionen ist nicht das Verhältnis zwischen Jungen und Alten (Altenquote<sup>3</sup>), sondern zwischen den tatsächlich Erwerbstätigen und den Pensionsbeziehern (Pensionsquote<sup>4</sup>). Eine steigende Erwerbsbeteiligung kann bei stark steigender Altenquote den Anstieg der Pensionsquote dämpfen. Österreichs Erwerbsquote lag 1999 mit 71,6% deutlich unter jenen vergleichbarer Länder wie der Schweiz (82,2%), Island (85,9%), Dänemark oder Norwegen (je 80,6%). Stiege sie bis 2030 auf norwegisches/dänisches Niveau – das ist angesichts einer dramatischen Verknappung von Arbeitskräften ab 2015 infolge sinkender Geburtenzahlen ein realistisches Szenario – dann würden im Jahr 2030 auf 1000 Beschäftigungsverhältnisse nicht 980 Pensionsansprüche kommen (“Rürup-Szenario”), sondern lediglich 767 (gegenüber heute 619).<sup>5</sup> Die zusätzliche Belastung würde um zwei Drittel geringer ausfallen: Die Beiträge müssten statt auf 31 lediglich auf rund 25 Prozent steigen (bei sonst gleichen Umständen). Die wichtigsten politischen Voraussetzung für eine größere Erwerbsbeteiligung sind: erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt für Frauen durch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie attraktive Rahmenbedingungen für permanente Weiterbildung.
- 2.** Die Reallöhne dürfen nicht langsamer wachsen als die Produktivität. Die Höhe des Beitragsvolumens in das Pensionssystem hängt nicht nur von der Zahl der beschäftigten Menschen ab, sondern auch von der Höhe ihres Verdienstes. Die letzten 20 Jahre waren trotz Produktivitätsfortschritte und Wirtschaftswachstum immer wieder durch Reallohnverluste gekennzeichnet, die Nettolohnquote fiel zwischen 1980 und 1997 von 54% auf 46% am Volkseinkommen. Das ist nicht nur ungerecht (warum sollen die Löhne stagnieren, wenn die Wirtschaft wächst?), sondern auch problematisch für die Leistungsfähigkeit des ULV, weil mit den Löhnen/Gehältern auch die Pensionsbeiträge schrumpfen. Zur Veranschaulichung ein Vergleich aus der gesetzlichen Krankenversicherung, die 2000 mit einem Defizit von rund 3,5 Milliarden Schilling (oder 2,5 Prozent des Gesamtvolumens) abschloss: Wären die Löhne zwischen 1993 und 1999 gleich schnell gewachsen wie die Wirtschaft, hätte die gesetzliche Krankenversicherung kein Defizit gemacht, sondern einen Überschuss. In der Pensionsversicherung hängt die Höhe der Pensionen von der Höhe der Löhne ab (“Nettoanpassung”). Je geringer die Löhne ausfallen, desto weniger Pension gibt es.
- 3.** Finanzierung auf Wertschöpfungsbasis. Auch wenn das Wirtschaftswachstum gleichermaßen auf Gewinne und Löhne verteilt wird, ist die Finanzierung des Generationenvertrags noch nicht gerecht. Denn derzeit wird mit relativ weniger Lohnarbeit immer mehr Reichtum produziert. Rationalisierende Unternehmen, die Beschäftigte abbauen, erzielen mit immer niedrigeren Lohnkosten eine steigende Wertschöpfung (sinkende Lohnstückkosten). Eine gerechter Generationenvertrag würde daher nicht auf der relativ schrumpfenden Lohnsumme basieren, sondern auf der wachsenden Wertschöpfung, die sich aus Löhnen, Gewinnen, Abschreibungen

---

1 Prognose des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU.

2 RÜRUP (1997). Mischbeitragssatz aus ASVG, GSVG und BSVG.

3 Verhältnis der über 65-jährigen zu den 15- bis 64-jährigen [Personen im erwerbsfähigen Alter].

4 Genauer: Zahl der Pensionen pro 1000 Beschäftigungsverhältnisse. Derzeit 619.

5 Die Pensionsquote würde damit in den nächsten 30 Jahren nicht schneller ansteigen als in den vergangenen 30.

und Zinsen zusammensetzt.

4. Ausschöpfung des gesetzlichen Spielraums des Bundeszuschusses. Der Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung darf laut § 79a ASVG bis zu einem Drittel des Gesamtaufwandes betragen. Im Jahr 2000 betrug er deutlich weniger, nämlich 24 Prozent. Es ist also noch Spielraum vorhanden. Die – einmalige – Überwindung des demographischen “Buckels” bis 2030 wäre eine zusätzliche Rechtfertigung für die Erhöhung des Bundeszuschusses im Rahmen seines gesetzlichen Spielraums. Schließlich: Bei steigendem Volksreichtum muss man sich soziale Sicherungssysteme leisten können. Sozialabbau ist die falsche Antwort auf wachsenden Reichtum.
5. Beitragsumschichtung. Den Wifo-Szenarien zufolge wird die Arbeitslosigkeit bis 2030 – infolge konstanter Nachfrage nach Arbeitskräften seitens der Unternehmen, aber eines rapide knapper werdenden Arbeitskräfteangebots<sup>6</sup> – von 6,7 auf 1,3 Prozent zurückgehen. Derzeit beträgt der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung 6 Prozent der Bruttolöhne. Wenn man einen Teil davon zur Pensionsversicherung umschichtet<sup>7</sup>, könnte man den Anstieg der Beitragssätze in der Pensionsversicherung abfangen. Allein diese Maßnahme würde in Kombination mit Punkt 1 bewirken, dass das heutige Pensionsniveau bis 2030 bei gleich bleibenden Beitragssätzen aufrecht erhaltbar ist.

Abschließend ein Gedankenexperiment: Selbst wenn das schlimmste Horrorszenario einträte, die Erwerbsquote nicht anstiege und die demographische Belastung ausschließlich über eine Erhöhung der Beitragssätze auf 31 Prozent bewältigt würde, wäre das im Grunde kein Problem: Denn wenn die Wirtschaft bis 2030 jährlich um zwei bis drei Prozent wächst, dann werden die Realeinkommen 2030 doppelt so hoch sein wie heute. Und 31 Prozent Beitragssatz von 200 Schilling Einkommen tun 2030 nicht halb so weh wie heute 22,3 Prozent von 100 Schilling Einkommen. Unterm Strich hätten die BeitragszahlerInnen um 78 Prozent mehr auf der Hand (trotz Beitragserhöhung). Dennoch ist ATTAC gegen jede weitere Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast auf Arbeitseinkommen, weil diese bereits heute überproportional belastet sind. Stattdessen soll die Abgabenlast auf Kapitaleinkommen und Ressourcenverbrauch verlagert werden.

Fazit: Das Umlageverfahren wird keineswegs unfinanzierbar. Die Grenzen der Finanzierung sind politische, nicht ökonomische. Mit einem Bündel von Abfederungsmaßnahmen wie Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, Beitragsumschichtung, Ausschöpfung des Bundeszuschusses im gesetzlichen Rahmen und Finanzierung auf Wertschöpfungsbasis kann das durch den demographischen Wandel entstehende Finanzierungsdefizit ausgeglichen und sogar überkompensiert werden. Wenn an zahlreichen Schraubchen jeweils ein bisschen gedreht wird, ist das Problem lösbar und das solidarische Pensionssystem sogar ausbaufähig.

## B) Renditechancen und Risiken des Kapitaldeckungsverfahrens

Der Ertrag der Kapitalmärkte war in den letzten 20 Jahren relativ günstig aufgrund hoher Realzinsen und des Aktienbooms.<sup>8</sup> Die 20 Jahre davor war die “Rentabilität” des Umlageverfahrens – in Form steigender Beschäftigung und Reallöhne – deutlich höher. Für das generationenübergreifende Pensionssystem sind 20 Jahre ein zu kurzer Beobachtungszeitraum. Die jüngsten Renditen der Kapitalmärkte sind langfristig nicht zu wiederholen, schlimmer noch: Im Falle größerer Turbulenzen auf den Finanzmärkten werden ganze Pensionisten-Generationen leer ausgehen.

1. Korrektur- und Crashgefahr. Im langfristigen Durchschnitt können Aktienkurse nicht schneller wachsen als die Firmengewinne und diese – bei gerechter Verteilung zwischen Gewinnen und

6 Zwischen 2015 und 2030 wird sich die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter um 850.000 verringern.

7 Ohne die Leistung der Arbeitslosenversicherung zu schmälern.

8 Zur Problematik hoher Zinsen und dem Interesse an steigenden Aktienkurse siehe Abschnitt G.

Löhne – nicht schneller als die Wirtschaft. Die Wirtschaft wächst aber im langfristigen Durchschnitt nur rund zwei Prozent pro Jahr. Dennoch werden dauerhafte Aktienkurssteigerungen in der Höhe von sieben bis acht Prozent und mehr versprochen. Da kann etwas nicht stimmen. Entweder gehen hohe [und flächendeckende] Aktienkurssteigerungen auf Kosten von Löhnen und Gehältern (“Reallohnverluste”), oder aber sie sind Ausdruck einer Überbewertung der Aktien und somit einer spekulativen Blase, die irgendwann platzen muss. Offenbar ist beides der Fall. In den Ländern, wo die Aktienmärkte am stärksten sind (USA, GB), sanken die Reallöhne in den letzten 20 Jahren auch bei wachsender Wirtschaft. Davon abgesehen steht die Aktienkursentwicklung in keinem rationalen Verhältnis zu Gewinnen und Umsätzen der börsennotierten Unternehmen: Die Aktienkurse stiegen in den USA zwischen 1992 und 1999 um 230 Prozent, während die realen Unternehmenswerte nur um 47 Prozent zunahmen.<sup>9</sup> Der Big Bang kann jederzeit stattfinden. Wie hoch die Pensionen dann sind, ist völlig unklar. Erste “Korrekturen” fanden bereits statt. Der Nasdaq verlor zwischen März 2000 und März 2001 rund 60 Prozent seines Wertes.<sup>10</sup> Der deutsche “Nemax” (Neue-Markt-Index) verlor im selben Zeitraum fast 80 Prozent. Der japanische Börsenindex Nikkei unterschritt Anfang März 2001 sein historisches Tief von 1985. In langfristiger historischer Betrachtung folgten auf Börsenbooms stets langandauernde Korrekturphasen.<sup>11</sup>

2. Ausweichen ins Ausland: Crashgefahr II. Konfrontiert man die Manager von Pensions- und Investmentfonds mit langfristigen Wachstumsaussichten in Europa von nur zwei Prozent, antworten sie, dass sie die Rendite eben woanders holen würden. Sämtliche “Hoffnungsmärkte” – Mexiko, Südostasien, Russland, Brasilien – haben jedoch auf die Kapitalschwemme renditesuchender Finanzinvestoren in den neunziger Jahren mit schweren Finanzkrisen reagiert. Das einzig “Sichere” bei der Renditesuche im Ausland sind weitere Krisen.<sup>12</sup> Selbst in der Theorie kann das Spiel “Industrieländer exportieren Kapital zur Vermehrung in Entwicklungsländer” nur gut gehen, solange Entwicklungsländer solche bleiben und ein hohes Bevölkerungswachstum aufweisen. Schaffen sie den Sprung in den “Wohlstandsclub” und werden selbst zu einer alternden Gesellschaft, ist das “Spiel” aus. Denn wenn keiner mehr das exportierte Kapital abnimmt, wer soll es dann (mit 10 Prozent Rendite) vermehren?<sup>13</sup>
3. Das demographische Risiko ist im KDV noch akuter. Weil heute alle auf den Aktienmarkt strömen und Papiere kaufen, steigen die Kurse schneller als Gewinne und Umsätze der Firmen: eine Spekulationsblase tut sich auf. In 30 Jahren wird genau das Gegenteil passieren: Eine stark angewachsene Pensionistengemeinde wird ihre Aktien an eine geschrumpften Zahl von Erwerbstätigen verkaufen wollen. Wenn aber die Zahl der Verkäufer überwiegt, rasseln auf allen Märkten, auch auf den Finanzmärkten, die Preise nach unten<sup>14</sup>, und die Pensionen werden geringer ausfallen als erhofft; einige Pensionsfonds und Lebensversicherer werden mit hoher Wahrscheinlichkeit in Konkurs gehen. Fazit: “Gegen demographische Ungleichgewichte (...) ist das Kapitaldeckungsverfahren in Wahrheit schlechter gerüstet als das Umlageverfahren!”<sup>15</sup> So gesehen ist auch das Kapitaldeckungsverfahren ein Umlageverfahren (mit Zusatzrisiko), weil die gegenwärtige Pensionistengeneration darauf angewiesen ist, dass ihnen die Folgeneration ihre Aktien und sonstigen Wertpapiere abkauft – aus dem laufenden Einkommen.
4. Renditejagd erhöht Risiko. Auch ohne demographischen Wandel und Renditejagd der Fonds in Schwellenländern sind deregulierte Finanzmärkte instabil. Beispiele aus der Gegenwart? Der Raiffeisen-Europa-Wachstums-Fonds verlor von Jänner 2000 bis Jänner 2001 44,3 Prozent. Der Japan Growth Trust von der vertrauenswürdigen Carl Spängler Bank ebensoviel: minus 44,3 Prozent. Spezielles Problem: Private Pensionsversicherer stehen zueinander in Konkurrenz und

---

9 Stephan Schulmeister: “Aktien – das virtuelle Kapital” in *Der Standard*, 22. Jänner 2001.

10 *Der Standard*, 10. März 2001, S. 32 (“Jahr der Geldvernichtung”).

11 Vgl. CHRISTEN, S.12 ff.

12 Das sieht auch IWF-Ökonom Alexander Swoboda so: “Die nächste Krise kommt bestimmt – sie wird sich von der vorhergehenden nur im Ausmaß unterscheiden -, und sie wird wieder unerwartet kommen.” *Die Zeit* 19/2001.

13 Die HypoVereinsbank (2001) schreibt, dass Pensions- und Investmentfonds zu 90 Prozent “zu Hause” investieren. Zehn Prozent Auslandsaktienanteil können das Kraut der Gesamtrendite sicher nicht fett machen.

14 Auch Großbanken teilen diese Meinung. So ist im Policy Brief 4/2001 der HypoVereinsbank nachzulesen, dass “die Kapitaldeckung gegenüber demographischen Risiken nicht vollkommen resistent ist”, weil “die Aktienkurse aufgrund der zu erwartenden Netto-Auflösung von Vermögensbeständen unter Druck geraten werden”.

15 Walther (2000).

müssen einander überbieten, um Kunden zu gewinnen. Das legt aggressivere Anlagestrategien nahe, wodurch das Risiko steigt.

Fazit: Das Kapitaldeckungsverfahren ist nicht sicherer, es birgt hohe ökonomische Risiken. Krisen und Turbulenzen auf deregulierten Kapitalmärkten können das angesparte Kapital jederzeit zerstören. Der Wettbewerb zwingt private Versicherer zu einer riskanten Anlagepolitik. Schließlich ist das demographische Risiko im KDV noch akuter als im ULV, weil es im Falle eines Angebotüberhangs (von Aktien, Anleihen, Immobilien) zu großer Wertvernichtung führt, die zudem nicht durch andere "Finanzierungsschraubchen" abgepuffert werden kann.

## C) Finanzierung des Kapitaldeckungsverfahrens

- 1.** Eine Generation zahlt zwei Mal. Wenn es tatsächlich darum ginge, die Beitragssätze nicht zu erhöhen, dann dürfte das System nicht gewechselt werden, weil allein durch den Systemwechsel die Umstieg-Generation zweimal zur Kasse gebeten wird: einmal für die auslaufende Umlage-Generation und einmal für die eigene Privatpension.
- 2.** Beitrag der Arbeitgeber entfällt. Die durch den Systemwechsel steigende Belastung wird in Deutschland bereits sichtbar: Der Beitragssatz für das Umlageverfahren wird bis 2030 bei 22 Prozent des Bruttolohns [je 11% Arbeitnehmer und Arbeitgeber] eingefroren; ohne Systemwechsel wäre er auf 26 Prozent [je 13%] gestiegen. Nun kommen für die Eigenvorsorge vier Prozent der Löhne dazu, sodass sich erst recht wieder ein Beitragssatz von 26 Prozent ergibt. Besonders pikant: Die vier Prozent Privatvorsorge müssen zur Gänze von den Arbeitnehmern aufgebracht werden, weil die Arbeitgeber nicht mitzahlen. Während der **Arbeitgeber**beitrag also tatsächlich bei 11 Prozent eingefroren wird, steigt der **Arbeitnehmer**beitrag auf 15 Prozent. Um dieselbe Pensionsleistung zu erhalten, müssen Arbeitnehmer in der privaten Versicherung die doppelten Beiträge einzahlen.<sup>16</sup>
- 3.** Bundeszuschuss entfällt. Im KDV gibt's keinen Bundeszuschuss. Das senkt die Pensionen zwischen 10 Prozent (Angestellte) und 80 Prozent (Bauern). Insgesamt macht der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung 24,4 Prozent der Pensionsleistungen oder 2,3 Prozent des BIP aus (1999).<sup>17</sup>
- 4.** Private Systeme sind teurer. Während beim deutschen Pensionssystem für die Verwaltung gerade zwei Prozent der Mittel draufgehen und in der österreichischen Pensionsversicherung noch schlankere 1,8 Prozent, verschlingen private Kassen und Pensionsfonds zwischen 10 und 35 Prozent der eingezahlten Beiträge.<sup>18</sup> Die Gründe: Private Versicherer müssen hohe Werbeausgaben bestreiten, da sie im freien Wettbewerb stehen; sie müssen Gewinne machen, weil das in der Privatwirtschaft so üblich ist, und: Die Verwaltung individueller Anlage-Portfolios (Aktien, Anleihen, Immobilien) durch professionelle Investmentbanker ist aufwendiger als eine einheitliche "Umlage-Kasse". Fazit: Private Versicherung ist sauteuer.

Fazit: Das KDV ist weder effizienter noch billiger. Erstens verringern sich durch den Umstieg auf das KDV die Kosten der auszahlenden Pensionen nicht. Man hofft nur, dass durch eine höhere Rendite im KDV die Mittel, die im ULV angeblich unaufbringbar sind, aufgebracht werden können. Wie aber sollen die privaten Pensionen höher sein, wenn die Verwaltung 20 bis 25 Prozent der Beiträge auffrisst, der Arbeitgeberbeitrag entfällt, der Bundeszuschuss entfällt, und auch der Solidarausgleich für beitragsfreie Zeiten wie Karenz, Krankheit oder Arbeitslosigkeit wegfällt?

Dass nicht einmal die Pensionsfondsmanager an die in der Luft schwebenden Traumrenditen glauben, beweist die Regelung in Deutschland, dass Pensionsfonds lediglich die Auszahlung der eingezahlten Beiträge garantieren müssen – ohne jede Rendite und ohne Abgeltung der Inflation. Und selbst gegen diese Mindestgarantie haben sich die Privatversicherer mit Händen und Füßen gewehrt.

---

<sup>16</sup> Theoretisch ist auch im KDV ein Arbeitgeberbeitrag möglich, in der aktuellen (Lohnnebenkostensenkungs-) Debatte kommt diese Variante jedoch nicht vor. Und ATTAC argumentiert nicht für ein "gerechteres" KDV, sondern ein stärkeres ULV.

<sup>17</sup> Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (2000).

<sup>18</sup> Daten der EU-Kommission, präsentiert beim Forum Alpbach 2000.

## D) Volkswirtschaftliche Auswirkungen

- 1.** Wachstum oder Rezession? Die Befürworter des KDV argumentieren, dass vermehrtes Sparen zu einem Anstieg der Investitionen und somit zu höherem Wirtschaftswachstum führe. Dieser Zusammenhang ist in den letzten 20 Jahren nicht zu beobachten: Trotz steigender Sparquoten sinken die Investitionsquoten. Wachstumsimpulse gehen primär von der Massennachfrage aus<sup>19</sup>, und für die braucht es höhere Löhne. Wer daher über Investitionen Arbeitsplätze schaffen will, muss nur für ausreichend hohe Lohnquoten sorgen, vor allem in den unteren Einkommensschichten, wo die gesamten Einkommen für Konsum ausgegeben werden. Höhere Löhne bedeuten auch höhere Pensionsbeiträge für das Umlagesystem. Die Schaffung eines Niedriglohnssektors ist aus dieser Sicht doppelt kontraproduktiv.
- 2.** Rezessiver Effekt durch plötzliches Ansparen. Die Mittel für die Privatpension können entweder durch Umschichtung "konventioneller" Sparformen aufgebracht werden oder durch Abzweigung vom Einkommen. Werden aber nun beträchtliche Lohnbestandteile nicht für Konsum ausgegeben, sondern privat angespart (in Deutschland bis zu 4 Prozent), bewirkt dies einen drastischen Rückgang des Massenkonsums – die größte Gefahr für die Konjunktur. In Deutschland sind durch die private Vorsorge 160.000 Arbeitsplätze in Gefahr.<sup>20</sup>
- 3.** Bereitstellung von Risikokapital. Häufiges Pro-Argument für Pensionsfonds. ATTAC ist anderer Ansicht: Erstens kann die Förderung einzelner Zukunftsbranchen über die Finanzmärkte nicht Aufgabe der Altersvorsorge sein. Zweitens ist die Bedeutung von Pensionsfonds als Risikokapitalgeber verschwindend gering. Die 200 größten US-Pensionsfonds investieren gerade 0,3 Prozent ihres Portfolios in Risikokapital.<sup>21</sup> Drittens gibt es trotz New Economy immer noch "mehr suchendes Kapital als interessante Firmen"<sup>22</sup>. Welcher Mangel soll da also behoben werden?
- 4.** Machtfaktor. Durch die Herausbildung transnationaler Pensions- und Investment-fonds schreitet die "Institutionalisierung" der Finanzmärkte voran. In den US-Pensionsfonds liegen bereits Vermögen in der Höhe von 62%, in den britischen 77% und in den niederländischen sogar 92% des BIP. Das Verhalten der großen Akteure ist mehrfach problematisch: Einerseits neigen die – untereinander konkurrenzierenden – Fonds auf der Jagd nach Höchstrenditen zum "Short Termism", d. h. dass sich ihr Gewinninteresse auf kurzfristige Kursbewegungen fixiert, wodurch es zu einer Vernachlässigung langfristiger Unternehmensstrategien kommt ("Shareholder Value"). Andererseits führt der von großen Fonds ausgelöste "Herdentrieb" auf den Finanzmärkten zu wachsender Instabilität des globalen Finanzsystems und letztendlich zu einer Gefährdung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.
- 5.** Kapitalschwemme. Bei einem vollständigen Systemwechsel müssten rund 8 Billionen Schilling auf die Kapitalmärkte, damit bei einer durchschnittlichen Rendite von 5 Prozent der jährliche Pensionsaufwand von annähernd 400 Milliarden Schilling bestritten werden kann. Bloß: Schon jetzt ist zu viel Kapital auf den Finanzmärkten, deshalb findet ja die Suche nach Renditen im Ausland statt. In den Industrieländern versiegt übrigens eine wichtige Anlagequelle für das Finanzkapital. Infolge des internationalen Trends zu Budgetüberschüssen schrumpft der Markt für Staatsanleihen. Für Zeiten, in denen die Anleger von turbulenten Aktienmärkten in "sichere Anleihen" zurückwollen, ist das keine rosige Zukunftsperspektive.<sup>23</sup>
- 6.** Krise statt Entwicklungshilfe. Die Überschwemmung aufstrebender Märkte mit Anlagekapital hat in den neunziger Jahren zu einer Krise nach der anderen geführt. 7 der 10 Länder, in die am meisten

---

19 Das beste Beispiel hierfür ist die USA: Trotz negativer Sparquote wächste die Wirtschaft – aufgrund des Konsums. Einer wichtiger Gründe hierfür ist das (fiktive) Aktienvermögen der Privathaushalte. Dieses ist jedoch kein Ersatz für angemessene Lohnsteigerungen, bei einer "Korrektur" ist die ganze Weltwirtschaft in Gefahr.

20 VDR; Fachausschuss für Versicherung und Rente (FAVR) Sitzung 4/2000 am 19.9. 2000 Frankfurt am Main.

21 OECD: The impact of institutional investors on OECD financial markets, Financial Market Trends 68, S. 40.

22 Der Standard, 5. März 2001: "Kapital auf der Suche nach Investment" (GeldStandard).

23 Ein Beispiel: Die Vermögensverwaltung der Bank Austria (Asset Allocation) legt 54% der verwalteten Aktiva in Anleihen an, davon 80% im Euroraum. Just der Euroraum ist aber auf dem Weg zu Budgetüberschüssen, weshalb der "sichere Anleihehafen" schon sehr bald austrocknen könnte.

Privatkapital einfluss, sind bereits gekracht: Südkorea, Malaysia, Indonesien, Russland, Brasilien, Mexiko, Türkei. Mit Argentinien steht Kandidat Nummer acht so gut wie fest. Dann bleiben nur noch Chile und China, die sich jedoch erfolgreich mit Kapitalverkehrskontrollen vor der sintflutartigen Überschwemmung durch Anlagegelder schützen. Wie unnötig die Kapitalflut nach Südostasien war, zeigen die ausreichend hohen Sparquoten: sie lagen bei 30 Prozent. Finanzkrisen zerstören Kapital, ruinieren aufstrebende Volkswirtschaften und gefährden die Weltwirtschaft. Außerdem trägt kapitalgedeckte Pensionsvorsorge dazu bei, dass Finanzmittel, die in die Länder des Südens fließen, nicht Entwicklungshilfe zum Ziel haben, sondern Höchstrenditen. Je höher der Zinssatz in Brasilien, Mexiko oder Indonesien, desto schlechter für Wirtschaft und Menschen vor Ort, desto besser aber für die ausländischen Finanzinvestoren. Im Kapitaldeckungsverfahren arbeiten die Menschen im Süden für die PensionistInnen (und die Anlagefonds) im Norden.

- 7.** Budget wird weiterhin belastet. In einem privaten Pensionssystem entfällt zwar der Bundeszuschuss (die Staats**ausgaben** sinken somit), dafür sinken aber auch die Staats**einnahmen** durch Steuervergünstigungen für die Privatvorsorge (KESt-Befreiung, Absetzbarkeit privater Vorsorge). Diese machen in Großbritannien 3% vom BIP aus. Zum Vergleich: Der Bundeszuschuss zu den Pensionen beträgt in Österreich 2,3% vom BIP. Hinzu kommt: Prämien für die Privatpension sind weiterhin ein "Bundeszuschuss". Und: Die soziale Absicherung aller, die privat nicht ausreichend ansparen können (Arbeitslose, Kranke, Invalide, Mehrfachmütter), bleibt weiterhin ein Budgetposten. Noch gar nicht berücksichtigt sind hier die wachstums- und beschäftigungsmindernden Effekte "starker" Finanzmärkte (Hochzinspolitik, Shareholder value) oder von Finanzkrisen, die ebenfalls die Staatseinnahmen senken und die Ausgaben erhöhen (für Arbeitslosigkeit etc.). Schließlich obliegt die Rettung gekrachter Privatversicherungen traditionell dem Staat (siehe Kapitel G und H).

Fazit: Investitionen werden nicht durch Sparen, sondern durch Massennachfrage ausgelöst. Das Umlageverfahren, das durch höhere Löhne gestärkt wird, ist daher wachstumsfreundlicher als das KDV. Das KDV wird sogar zur Konjunkturbremse, wenn Lohngehalt nicht für Konsum ausgegeben, sondern angespart wird. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen droht. Mächtige Pensionsfonds werden nicht nur günstige Bedingungen für die Kapitalrendite erwirken und die Löhne schwächen, sondern auch die Instabilität des globalen Finanzsystems erhöhen, speziell durch das Engagement in Schwellenländern. Die Entlastung des Budgets wird ebenfalls nicht stattfinden, weil an die Stelle von Bundeszuschüssen Einnahmenverluste durch Steuererleichterungen treten und die soziale Funktion des Pensionssystems Aufgabe des Staates bleibt.

## E) Die soziale Problematik des Kapitaldeckungsverfahrens

Ein solidarisches Modell würde durch ein unsolidarisches ersetzt werden. Zum Nachteil von Frauen, Einkommensschwachen, Arbeitslosen, Invaliden und Kranken – und des sozialen Klimas insgesamt.

- 1.** Entsolidarisierung. Jede schaut auf sich selbst, die Starken haben Glück, die Schwachen Pech: Das Pensionssystem wird zum Vehikel eines neoliberalen Sozial-Darwinismus. Was im Pensionssystem vorexerziert wird, wird im Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrsbereich nachfolgen. Dadurch wird die Zahl der Altersarmen, nicht Krankenversicherten, Analphabeten und "Immobilien" steigen und das soziale Klima sich spürbar verschlechtern – das trifft dann auch die GewinnerInnen.
- 2.** Beschränkte Leistung. Während das ULV nicht nur das "Risiko Alter" versichert, sondern auch Invalidität, Verwitwung, arbeitsfreie Zeiten aufgrund von Kindererziehung, Krankheit oder Arbeitslosigkeit, versichert die Privatvorsorge ausschließlich das Alter. Für Hinterbliebene und Invalidität müssen zusätzliche Prämien eingezahlt werden. Die anderen Aufgaben bleiben dem Staat aufgebürdet, der angeblich entlastet werden soll. Im Klartext: Wer nicht genügend Geld für eine Privatpension ansparen kann, wird zur SozialhilfeempfängerIn. Siehe Chile, USA, England. Das Ersetzen des Versicherungsprinzips durch das Fürsorgeprinzip stellt einen sozialpolitischen Rückschritt dar.

3. Geringe Markttransparenz. Gerade Personen, die aus sozialen Gründen begünstigt werden sollten, sind oft nicht in der Lage, im Dschungel der Werbung das für sie beste Angebot zu finden.
4. Kampf um die Reichen. Das Profitinteresse der privaten Versicherer, die den Systemwechsel mit gigantischen Werbetrommeln propagieren, zielt natürlich nicht auf Einkommensschwache, sondern auf die Besserverdienenden, an deren Vorsorge sie kräftig mitnaschen wollen. Das KDV ist ein System für die Reichen. Viele Schlechterverdienende, die nicht genügend Beiträge für eine Existenz sichernde Pension einzahlen können, werden Fürsorgefälle für den Staat.
5. Fraudendiskriminierung I: Frauen erhalten in der Privatpension für dieselben Beiträge eine geringere Leistung wie Männer. Der Grund: Aufgrund der längeren Lebenserwartung gelten sie den Privatversicherern als "schlechtere Risiken". Besonders pikant: Frauen müssen ohnehin bereits relativ höhere Beitragszahlungen leisten, weil sie um durchschnittlich 30 Prozent weniger verdienen als Männer.
6. Fraudendiskriminierung II: Wer rechnet in einem privaten Pensionssystem Kindererziehungszeiten an? Niemand. Die "Reproduktion", Voraussetzung Nummer eins für die Produktion, wird zu einem "individuellen" Problem. Pech für Mütter. Die Versicherungsmathematik nimmt keine Rücksicht auf reale Lebensumstände.
7. Kranksein im Alter wird empfindlich teurer. Derzeit zahlen die PensionistInnen nur einen geringen Beitrag zu ihrer Krankenversicherung (3,75 Prozent der Bruttopension). Der Großteil kommt von den Beiträgen der Erwerbstätigen. Im privaten Pensionssystem müssen die PensionistInnen zur Gänze für sich selbst aufkommen, was bereits eine empfindliche Verteuerung der Gesundheitsversorgung für die Einzelne bedeutet. Ist diese dann auch noch privat, vervielfachen sich die Kosten überhaupt, weil die Prämien in der Privatversicherung streng risikoabhängig sind und im Alter das Krankheitsrisiko am höchsten ist.
8. Bauern und Gewerbetreibende verlieren. Gegenwärtig beträgt der Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung der Bauern 80% und zu der der Gewerbetreibenden 61%.<sup>24</sup> Bei einem Systemwechsel (Entfall des Bundeszuschusses) würden dies Gruppen um zwei Drittel ihrer Pensionen "umfallen".

Fazit: Die Reichen werden sich's richten können, Einkommensschwächere werden verlieren. Viele PensionistInnen werden zu SozialhilfeempfängerInnen werden, die Altersarmut wird sich ausbreiten und durch die drastische Verteuerung der Gesundheitskosten (Stichwort Kostendeckung) noch verstärkt werden. Bauern und Gewerbetreibende werden keine Existenz sichernden Pensionen mehr zusammenkriegen, Frauen verlieren doppelt.

---

24 Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2000. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien 2000.

## F) Wer sind die Gewinner des Kapitaldeckungsverfahrens?

- 1.** Allen voran: Die private Versicherungswirtschaft. Banken, Versicherungen, Pensions- und Investmentfonds. Während im Umlageverfahren die Pensionsgelder direkt von den Erwerbstätigen an die Pensionisten übergehen, "schalten" sich im KDV die Privatversicherer "dazwischen". Dadurch geht nicht nur ein Teil der Rendite verloren, sondern es kommt auch zu einer "Institutionalisierung" der Finanzmärkte. Der Einfluss der "institutionellen Anleger" auf Regierungen wächst permanent und stellt eine Gefahr für die Wirtschaftspolitik im Interesse der Mehrheit dar. Sollte ganz Europa auf das KDV umstellen, könnte die Macht der Pensionsfondsmanager so groß werden, dass sie sich weitgehend der politischen Kontrolle entziehen können. Die Europäische Zentralbank hat diese "Verselbständigung" bereits vorexerziert.
- 2.** ArbeitgeberInnen. Sie zahlen im KDV keine Beiträge. Während sich im ULV ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen die Beitragsleistung teilen ("paritätische Finanzierung"), tragen im KDV die ArbeitnehmerInnen die gesamte Last der Pensionsvorsorge selbst. Dass die ArbeitgeberInnen den ArbeitnehmerInnen diese Ersparnis an anderer Stelle zurückzahlen werden, ist in Anbetracht der laufenden Debatte über die Lohnnebenkostensenkung wohl illusorisch.<sup>25</sup>
- 3.** ArbeitgeberInnen II. Eine weitere Facette des Systemumbaus ist die Umwandlung von Abfertigungsansprüchen in Pensionsansprüche. Die Abfertigung als bisheriger Lohnbestandteil soll zu einem Beitrag zur betrieblichen Pension (2. Säule) werden. Die Modalitäten sind so geplant, dass unterm Strich die UnternehmerInnen gewinnen. Prinzipiell ist ATTAC gegen die steuerliche Begünstigung von Beiträgen in Pensionssysteme, die im Kapitaldeckungsverfahren verwaltet werden, weil sie eine Stärkung der zweiten Säule und eine Schwächung der ersten Säule (Umlageverfahren) bedeuten. Wenn eine ArbeitgeberIn Pensionen zahlen will, soll sie es tun, aber nicht mit Steuergeschenken dafür belohnt werden (siehe auch Forderungen zum Schluss).
- 4.** Verantwortungslose (neoliberale) PolitikerInnen. In Zeiten, wo Steuerzahlen als "Last ohne Nutzen" empfunden wird, sind PolitikerInnen fast aller Couleur froh, die Steuern senken zu können. Das dadurch auch die Gegenleistungen schrumpfen: Pensionen, Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Infrastruktur, Umweltschutz, Kultur, wird in der Debatte vernachlässigt. Dass diejenigen Länder mit der höchsten Steuerquote (Schweden, Dänemark) zu den wohlhabendsten und sozial entwickeltesten zählen, geht im Steuersenkungsgeschrei ebenfalls unter. Da aber ein Systemwechsel in der Pensionsversicherung einen Rückzug des Staates bedeutet, machen neoliberale Politiker gerne mit. Und sollten einmal die Finanzmärkte krachen und die Privatversicherer in Konkurs gehen, dann war es eben "Marktversagen" (wie schon 1929), und keine PolitikerIn trägt die Verantwortung.

Fazit: Die Gruppe der Gewinner ist eine Minderheit, während nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch die Volkswirtschaft als ganze und das solidarische System zu den VerliererInnen zählt.

---

<sup>25</sup> Siehe Fußnote 16.

## G) Sinn und Unsinn einer Ergänzung des ULV durch das KDV

“Jedes Alterssicherungssystem ist eine ‘Pumpe’, die das von der Erwerbsbevölkerung erwirtschaftete Einkommen zu den Alten bringt. Diese Pumpe kann nach zwei Prinzipien konstruiert werden: dem Umlageverfahren, das auf die Stabilität und Ergiebigkeit der nationalen Erwerbseinkommen vertraut und dem Kapitaldeckungsverfahren, das auf die Stabilität und Ergiebigkeit der nationalen und internationalen Kapitaleinkommen setzt.”<sup>26</sup>

- 1.** Kapitalmarktrendite kürzt Arbeitsmarktrendite. Das KDV lebt von einer möglichst hohen Kapitalmarktrendite (Zinsen, Dividenden, Aktienkursgewinne). Das ULV lebt von einer mögliche hohen Arbeitsmarktrendite (Vollbeschäftigung, hohe Löhne). Das Dilemma: Hohe Kapitalmarktrenditen drücken die Arbeitsmarktrendite: Aktienkurssteigerungen werden oft über Entlassungen und Lohnkürzungen erzielt (Sharholder Value); und hohe Zinsen vermindern die Investitionslust der Unternehmen, wodurch weniger Arbeitsplätze geschaffen werden. Gesamtwirtschaftlich profitieren alle, auch die UnternehmerInnen, von einer hohen Arbeitsmarktrendite, weil eine Stärkung der Massenkaukraft (durch steigende Löhne und Beschäftigung) der zentrale Wachstumsmotor für die Wirtschaft ist. In den letzten 20 Jahren ist dieser Wachstumsmotor gehörig ins Stocken geraten, nicht zuletzt, weil die Kapitalmarktrenditen gestiegen sind. Dadurch steht die private Vorsorge **momentan** in einem relativ günstigen Licht; der Preis dafür ist aber eine in ganz Europa stark gestiegene Arbeitslosigkeit (Vervierfachung seit den sechziger Jahren) und ein Wirtschaftswachstum, das nicht halb so hoch war, wie in den 20 Jahren zuvor (1960 – 1980).<sup>27</sup> Wichtiger Nebeneffekt steigender Arbeitslosigkeit und stagnierender Löhne: Die relative Finanzierungsschwäche des ULV.
- 2.** Konsumausfall bremst Konjunktur. Wir bereits in Punkt D) geschildert, werden durch das Ansparen für die Eigenvorsorge – in Deutschland bis zu 4% der Bruttolöhne – dem Wirtschaftskreislauf große Mengen Geld entzogen. Werden die 4% nur zu einem Drittel in Anspruch genommen, würden in Deutschland 160.000 Arbeitsplätze zerstört oder nicht geschaffen werden.<sup>28</sup> Höheres Sparen führt in den Industrieländern nicht zu zusätzlichen Investitionen, sondern zum Gegenteil: Durch stagnierende Löhne fehlt die Kaufkraft, und infolge sinkender Nachfrage bleiben Investitionen aus. In der OECD sinken seit 20 Jahren die Lohn- und Realinvestitionsquoten schön parallel – trotz Wirtschaftswachstums und steigender Gewinnquoten.<sup>29</sup>
- 3.** Versteckter Bundeszuschuss zur privaten Vorsorge. Wie bereits erwähnt, müssen Pensionsfonds angesichts niedriger Wachstumsraten “zu Hause” in Risikomärkte, also Entwicklungs- und Schwellenländer, ausweichen. Dadurch werden Hoffnungsländer periodisch mit Anlagekapital überschwemmt. Spekulative Blasen entstehen und platzen, es kommt wiederholt zum Crash: Mexiko (1994/95), Südostasien (1997/98), Russland und Brasilien (1998). Der Internationale Währungsfonds spielt regelmäßig Krisenfeuerwehr und holt die Spekulanten aus der Patsche. So werden die, die es sich leisten können, privat vorzusorgen, mit Steuergeldern gerettet, während die Krisenländer mit einem noch höheren Schuldenberg zurück bleiben.<sup>30</sup> Der (internationale) “Bundeszuschuss” zur privaten Vorsorge betrug in der Mexiko-Krise 50 Milliarden Dollar, in der Asienkrise waren es bereits 100 Milliarden Dollar.
- 4.** Zuschüsse für das KDV fehlen beim ULV. Wie bereits erwähnt, finanziert der Staat nicht nur das Umlageverfahren, sondern auch das KDV – durch Steuererleichterungen und Prämien. Wenn eines der immer wieder gebrachten Argumente für den Systemwechsel die Entlastung des Budgets ist, muss darauf hingewiesen werden, dass die

26 Interview mit dem deutschen Pensionsexperten Bernd Rürup in Der Standard, 2. Jänner 2001.

27 Vgl. HUFFSCHMID, S. 127 ff.

28 siehe Fußnote 20.

29 Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat auch für Österreich dokumentiert, dass seit 1980 die Gewinnquote stark ansteigt, während die Investitionsquote stagniert.

30 Nur ein Beispiel: Thailands Staatsschuld belief sich vor der Krise in Südostasien 1997 auf 15,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und danach – im April 2000 – auf 52 Prozent.

“Privatvorsorge” öffentliche Mittel gierig beansprucht, die dem ULV geizig vorenthalten werden sollen. Alleine Deutschland plant, private Versicherer mit 20 Milliarden DM im Jahr zu fördern.<sup>31</sup>

5. Wenn die Privaten krachen, muss der Staat blechen. Wie im nächsten Abschnitt dokumentiert, muss die öffentliche Hand immer wieder mit Steuergeldern einspringen, wenn private Versicherer in Konkurs gehen (Beispiele Japan, Schweiz und Großbritannien). Auch das trägt nicht zu einer Reduzierung des Bundeszuschusses ins Pensionssystem bei.

Fazit: Die beiden Systeme ergänzen einander nicht, sondern stehen in Konkurrenz. Jede Förderung der privaten Vorsorge kommt einer Schwächung des ULV gleich, die zu einer Beschleunigung des Systemwechsels führen würde.

---

31 Financial Times online, 6. Mai 2001: “Schröder set to push through pensions reform.”

## H) Internationale und historische Erfahrungen mit dem KDV

Alle Erfahrungen zeigen: Das KDV ist extrem risikofähig und ertragsarm.

- 1.** Chile: Vollständige Privatisierung und Umstellung auf Kapitaldeckung 1980/81 - während der Militärdiktatur von Pinochet. Gilt bezeichnenderweise für alle bis auf Polizei und Militär, die haben ihre Versorgungskassen weiterhin beim Staat. Seit 1983 hat sich der Anteil der Versicherten, die regelmäßig ansparen können, von 71 auf 43 Prozent reduziert. Um eine Minimalpension zu bekommen, muss man aber 20 Jahre lang stetig einzahlen. Das heißt, dass rund die Hälfte der ChilenInnen nicht einmal mit einer Mindestrente rechnen kann. Die Verwaltungskosten verschlingen 20 bis 25 Prozent der Beiträge. Der "Wettbewerb" hat sich auf 9 Pensionsfonds reduziert. Und die Übergangskosten für den Staat belaufen sich auf über fünf Prozent des BIP – da ein Totalumstieg gewählt wurde, müssen die auslaufenden Pensionen vom Staat bezahlt werden.<sup>32</sup> Fazit: "Das teuerste System mit den schlechtesten Leistungen und einigen wenigen Pensionsfonds, die profitieren."<sup>33</sup> Dennoch gilt Chile als großes Pensions-Vorbild – zumindest in den Augen der Weltbank.
- 2.** Japan: Derzeit keine guten Bedingungen für kapitalgedeckte Pensionen: Die Zinssätze liegen bei null, der Aktien-Index Nikkei unterschritt Anfang März 2001 das historische Tief von 1985.<sup>34</sup> Wer langfristig in Aktien anlegte, konnte in den letzten 16 Jahren an der Tokioter Börse keinen Groschen verdienen. Im Oktober 2000 krachten zwei große Lebensversicherungen zusammen, im März 2001 folgte die dritte Pleite.<sup>35</sup> Die japanischen Kapitalmärkte haben sich vom Platzen der Immobilien- und Aktienblase Anfang der neunziger Jahre bis heute nicht erholt. "Die Branchenriesen mussten ihren Kunden mitteilen, dass die Rendite ihrer Lebensversicherung eben nicht 15 Prozent beträgt. Durchschnittlich bringen die Investitionen der Lebensversicherer knapp unter drei Prozent Ertrag, also die Hälfte der aktuellen Auszahlungsverpflichtung."<sup>36</sup> Damit die Versicherten nicht total geprellt sind, sorgt ein staatlicher Ausgleichsfonds für ihren Schutz: Die privat gemachten Verluste werden also auch in Japan verstaatlicht.
- 3.** Großbritannien: Massive Privatisierung unter Margaret Thatcher. Heute fallen 56% der britischen PensionistInnen in die beiden untersten Einkommensquintile.<sup>37</sup> Die staatliche Aufsicht über die private Versicherungswirtschaft hat versagt. Beispiele: 1991 flog auf, dass der verstorbene Medienzar Robert Maxwell fünf Milliarden Schilling aus der Pensionskasse seines Konzerns entwendet hatte, um Finanzlöcher in seinem Medienimperium zu stopfen. Auch andere Anleger waren von den Versicherern schlecht beraten worden. Insgesamt waren rund zwei Millionen Privatversicherte um 50 Milliarden Schilling umgefallen.<sup>38</sup> "Equitable Life", die mit 238 Jahren älteste Lebensversicherung Großbritanniens, brach im Dezember 2000 unerwartet zusammen. Zum Handkuss kamen die britischen Steuerzahler, weil der Staat eine Ausfallhaftung über 800 Millionen Pfund (ATS 17,3 Milliarden) übernahm, um den Versicherten wenigstens einigermaßen herauszuhelfen. Die Aufsichtsbehörde für Privatversicherungen hatte nicht zum ersten Mal versagt: Als 1989 der Barlow Clowes Fund zusammenbrach, musste der britische Staat den Anlegern 15 Millionen Pfund (ATS 3,2 Milliarden) ersetzen.<sup>39</sup>
- 4.** Schweiz: Auch in der Schweiz krachen Pensionskassen. Zum Beispiel die Anlagestiftungen Vera/Pevos, die ein Loch von 1,8 Milliarden Schilling hinterließen. Die Schweizer Steuerzahler mussten mit rund 600 Millionen Schilling einspringen. Als Ursache für die Pleite gilt die

---

32 MESA-LAGO, Carmelo: *Estudio comparativo de los costes fiscales de la transición de ocho reformas de pensiones en América Latina*, Publikation der Vereinten Nationen, CEPAL, Serie Finanzierung für Entwicklung, Santiago de Chile, März 2000.

33 ORF Radio Ö1, *Journal Panorama*, 10. Jänner 2001.

34 Der Standard, 3. März 2001

35 Kyoei Life, Chiyoda Mutual Life und Tokio Mutual Life.

36 Die Presse, 2. November 2000.

37 *Households below Average Income*, Department of Social Security 2000.

38 "Britisches Pensionsdebakel. Wie zwei Millionen Briten um 50 Milliarden Schilling geprellt wurden", S. 54 – 55 in *fairteilen. Die Grüne Grundsicherung im Alter*, Die Grünen, Wien, Juni 1998.

39 Financial Times, 14. Februar 2001: "UK regulators admit to Equitable Life errors"

“katastrophale Anlagepolitik” der Pensionskasse. Unter anderem, weil sie in ihren Immobilien zu geringe Mieten kassierte...<sup>40</sup> In der Schweiz sind übrigens die Immobilienpreise durch das generalisierte System von Pensionskassen für Teile der Bevölkerung unerschwinglich hoch.

5. USA: Das staatliche, umlagefinanzierte Alterssicherungssystem erfasst zwar 95% der Erwerbstätigen, sichert aber kein zur Existenz nötiges Einkommen. Es besteht daher ein stiller Zwang zur Zusatzpensionen. Doch auch die betriebliche und private, kapitalgedeckte Vorsorge kann eine erhebliche Altersarmut nicht verhindern. Selbst unter Berücksichtigung der nicht-geldmäßigen Leistungen sind 33,9% der alleinstehenden US-BürgerInnen und 8,9% der Paare über 65 arm.<sup>41</sup> Zur Verteilung: Obwohl die Hälfte der US-Haushalte Aktien besitzt, sind 90% aller Aktien in der Hand von nur einem Prozent der AktionärInnen konzentriert.<sup>42</sup> Und welches sichere Ruhekitzen Aktien im Vorsorgeportfolio darstellen, zeigt folgende Zahl: Infolge der Börsenkorrektur im Vorjahr schrumpfte das Vermögen der US-Haushalte trotz fünfprozentigem Wirtschaftswachstum um zwei Prozent.<sup>43</sup>
6. Deutschland: Das Deckungskapital ist in beiden Kriegen vernichtet worden. Gewahrt wird aber stets nur vor dem Zusammenbruch des ULV, das 1957 geschaffen wurde. Die einzig wirkliche Gefahr für das deutsche Umlageverfahren ist die Förderung der privaten Vorsorge, die einen Rückbau des ULV rechtfertigt. Der beginnende Systemwechsel in Deutschland ist auch die größte Gefahr für das österreichische Pensionssystem. Diesem wurde ebenfalls permanent der Untergang prophezeit. Dennoch lebt es mittlerweile seit 1909 (für die ersten Gruppen von Angestellten), und die Leistungen sind höher denn je. Das österreichische Pensionssystem ist eben nicht das “teuerste” der Welt, sondern das leistungsfähigste – und das stabilste. Im Gegensatz zu vielen Privatversicherungen hat es sowohl beide Weltkriege als auch die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre überlebt.

---

40 Die Presse, 30. September 2000.

41 SMEEDING Timothy et al.: *Poverty, Inequality and family living standards – impact across seven nations: the effect of noncash subsidies for health, education and housing* in: Review of Income and Wealth, Series 39 Number 3 Sept. 1993, zitiert aus Hartl Martina: “Die Alterssicherungssysteme der Niederlande und der USA im Vergleich”, Diplomarbeit an der SOWI Fakultät der Universität Wien, 1997.

42 Angaben der US-Notenbank “Federal Reserve”, zit. In WEBER/REDAK, S. 80.

43 *Der Spiegel Online*, 13. März 2001.

## I) Schlussfolgerungen

- a. Österreich ist eine der reichsten Volkswirtschaften der Welt. Wenn die Wirtschaft auch nicht mehr so wächst, wie in den sechziger und siebziger Jahren, sie wächst nach wie vor. Das Pro-Kopf-Einkommen steigt in Österreich Jahr für Jahr an. Die Frage ist nur, wie der Kuchen verteilt wird. Wenn den einen eingeredet wird, sie müssten sparen und sich mit weniger zufrieden geben, bekommen halt andere umso mehr.
- b. Das Umlageverfahren ist nicht krank, es wird krank geredet. Wie in Abschnitt A beschrieben, gibt es zahlreiche Schraubchen, an denen jeweils nur ein bisschen gedreht werden muss, um die Leistungsfähigkeit des Umlageverfahrens auf aktuellem Niveau auch über den "demographischen Belastungsgipfel" 2030 hinaus zu sichern.
- c. Der Trick mit der "Ergänzung". Das ULV soll angeblich "nur" ergänzt werden. Dadurch wird es aber geschwächt, woraus sich weiterer "Ergänzungsbedarf" ergibt. Das ULV wird systematisch madig gemacht, bevor man es dem freien Markt opfert.
- d. Die Pensionen sind nur der Anfang. Danach wird alles weitere privatisiert. Die Debatte "Versicherungspflicht statt Pflichtversicherung" hat bereits das Gesundheitssystem erreicht. Danach kommen Universitäten, Schulen, Gefängnisse, ...
- e. Aufkündigung des Generationenvertrags. Wenn jede nur mehr auf sich selbst und die eigene Rendite schaut, ist es aus mit dem Generationenvertrag.
- f. Gefangene des Kapitals: Das Hoffen der ArbeitnehmerInnen auf die Kapitalmärkte bedroht sie zugleich selbst. Wenn jede ArbeitnehmerIn auch AktionärIn ist, wächst das Interesse an hohen Kapitalmarktrenditen und am Shareholder Value mit Massenentlassungen, geringen Lohnsteigerungen oder Reallohnverlusten sowie an hohen Zinsen und dadurch an einer Bremsung der Konjunktur.
- g. Irreversibel. Einmal vollzogen, ist der Systemwechsel nur schwer revidierbar, weil dann alle ArbeitnehmerInnen als AktionärInnen von Kapitaleinkommen abhängig sind für die Beibehaltung des KDV eintreten werden.
- h. Wenn es aber doch kracht – dann ist da ja immer noch die öffentliche Hand als Auffangnetz, sagen die PrivatisiererInnen. Das kennen wir schon: Gewinne werden privatisiert, Verluste verstaatlicht.
- i. Der Preis des Systemwechsels wird sein: Steigende Altersarmut, zunehmende soziale Spannungen, instabile Finanzmärkte und makroökonomische Dauerrisiken.
- j. Fels in der Brandung. Auch wenn Österreich als einziges Land am Umlageverfahren festhält: Spätestens in 20, 30 Jahren werden es die PrivatisiererInnen in anderen Ländern bitter bereuen, dass sie sich von kurzfristigen Aktienbooms und Traum-renditen haben blenden lassen und gleich das ganze Pensionssystem umgestellt haben.
- k. Die Grundfrage ist, ob die sozialen Risiken Alter, Invalidität, Krankheit,

Arbeitslosigkeit, Verwitwung und Kindererziehung gemeinschaftlich oder individuell versichert werden sollen. Die Antwort von ATTAC fällt klar zugunsten der solidarischen Versicherung aus.

## ATTAC Österreich fordert daher:

- 1.** Stabilität.  
Beibehaltung des Umlageverfahrens im Pensionssystem.
- 2.** Leistungsgarantie.  
Langfristige Leistungsgarantie des öffentlichen Pensionssystem durch die Inanspruchnahme der in Abschnitt A vorgeschlagenen Finanzierungsmöglichkeiten. Es darf zu keinen weiteren Verschlechterungen kommen.
- 3.** Nein zum Risiko.  
Keine staatliche Förderung privater Vorsorge. Wer privat vorsorgen will, konnte das immer tun und soll es auch weiterhin tun – auf freiwilliger Basis. Das gilt nicht nur für die dritte Säule, sondern auch für die zweite (Betriebspensionen). Das Interesse am Shareholder Value darf nicht staatlich gefördert werden.
- 4.** Besserstellung der Frauen.  
Berücksichtigung der spezifischen Erwerbsbiographien von Frauen (z.B. die großzügige Anrechnung von Kindererziehungszeiten) sowie Aufhebung der Partnerbindung bei der Ausgleichszulage. Derzeit haben in Österreich 400.000 Frauen noch immer keinen eigenständigen Pensionsanspruch.
- 5.** Beitragsgerechtigkeit.  
Derzeit gelten in den unterschiedlichen Pensionssystemen unterschiedliche Beitragssätze.<sup>44</sup> ATTAC fordert langfristig ihre Harmonisierung im Sinne einer umfassenden Beitrags- und Leistungsgerechtigkeit.
- 6.** Umstellung des ArbeitgeberInnenbeitrags auf Wertschöpfungsbasis.  
Momentan werden die sozialen Sicherungssysteme auf Basis der (relativ am Volkseinkommen) schrumpfenden Lohnsumme finanziert und nicht auf Basis der steigenden Wertschöpfung. Ein gerechter Generationenvertrag würde Erwerbseinkommen und soziale Sicherungssysteme an die Wertschöpfung koppeln – damit die Gewinne den Löhnen/Gehältern und Pensionen nicht davon wachsen. Rationalisierungen und Entlassungen dürfen nicht länger mit geringeren Beiträgen ins Sozialsystem belohnt werden.
- 7.** Nachhaltigkeit.  
Ökologisierung der Wirtschaft, damit die Wertschöpfung, aus der alle Einkommen stammen, nicht unsere Lebensgrundlagen zerstört.

---

<sup>44</sup> Im ASVG zahlen Arbeiter und Angestellte 22,8 Prozent des Bruttolohns, selbständig Erwerbstätige im GSVG 15 Prozent, und Bauern im BSVG 14,5 Prozent.

## Anhang 1: Grüne und Ethik-Fonds?

Es ist natürlich begrüßenswert, wenn jemand sein Geld einer Ökobank anvertraut oder einem Fonds anvertraut, der nach ökologischen und sozialen Kriterien investiert. Aber zuvor gilt: Das Umlageverfahren muss erhalten und gestärkt werden. Auch die Privatisierung über "grüne" Fonds würde nichts daran ändern, dass ein solidarisches System zerstört und die Instabilität der Finanzmärkte erhöht wird. Spekulation funktioniert mit grünen Fonds genauso wie mit Blue Chips oder New Economy-Titeln. Schließlich: Wenn man feststellt, dass zu viel Vermögen vorhanden ist (Stichwort steigende Gewinnquoten und Erben-Generation), muss man diese besteuern, um sie für die Gesamtwirtschaft fruchtbar zu machen und die sozialen Netze zu flicken, anstatt sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie man sie durch Finanzinvestments noch weiter vermehren kann. Mit ethischen und ökologischen Anlagen werden weder entstehende Verteilungsprobleme gelöst noch Finanzmarktrisiken gemindert. Wer wirklich an einer ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung interessiert ist, sollte für Vermögens-, Kapitalverkehrs- und Ökosteuern eintreten.

## Anhang 2: Problem des Wirtschaftswachstums aus ökologischer Sicht

Im Zuge dieses Positionspapiers wurde wiederholt argumentiert, dass starke Kapitalmärkte das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung bremsen, und damit die Beiträge ins Pensionssystem und die Höhe der Pensionen. Sollten nun umgekehrt regulierte Kapitalmärkte zu einem höheren Wirtschaftswachstum führen, so darf dabei nicht übersehen werden, dass ein weiteres Wachstum der Umweltbelastungen (Ressourcenverbrauch, Treibhausgasemissionen, Verkehrsaufkommen, Flächenverbrauch, Abfallvolumen) ökologisch, sozial und letztendlich auch ökonomisch nicht vertretbar ist. Ein weiteres Wachstum der Wertschöpfung ist nur möglich, wenn die Volkswirtschaft durch massive ökologische Weichenstellungen in eine "nachhaltige" Richtung gelenkt wird. Die Wertschöpfung muss sich in Bereiche verlagern, die keine oder nur einen Bruchteil der Umweltschäden von heute anrichten: Biologische Landwirtschaft, dezentrale Energieversorgung aus Erneuerbaren, ressourcensparende Produktion langlebiger und reparaturfähiger Gebrauchsgüter, flächendeckendes öffentliches Verkehrssystem usw. Das reiche Fünftel der Menschheit, zu dem auch wir ÖsterreicherInnen zählen, verbraucht schon jetzt drei Viertel der Ressourcen des Planeten und zeichnet für drei Viertel aller Umweltschäden direkt verantwortlich – durch unseren Lebensstil, unsere Konsumgewohnheiten und unser Mobilitätsverhalten. Den weniger begüterten 80 Prozent der Menschheit bleibt gerade ein Viertel der Ressourcen. Es ist weder möglich, dass wir unseren ressourcenintensiven Wohlstand ausbauen noch dass die ärmeren 80 Prozent zu uns "aufschließen". An einer radikalen Verringerung **unseres** Ressourcenverbrauchs führt kein Weg vorbei. Dass dies nicht nur bei gleicher, sondern sogar bei höherer Lebensqualität möglich ist, haben zahlreiche Studien und AutorInnen bewiesen.<sup>45</sup> Und nur ein ökologisch nachhaltiger Lebensstil kann auch den weniger industrialisierten 80 Prozent der Menschheit ein Vorbild sein. Es hilft nichts, das Pensionssystem zu retten, wenn durch die Wirtschaftsweise, welche die Pensionen finanziert, unsere Lebensgrundlagen zerstört werden.

Genauerer: siehe ATTAC-Arbeitsgruppe "Ökologisierung des Steuersystems"

## LITERATUR

BEIGEWUM: "Pensionsreformen als Antworten – was waren die Fragen?" S. 118 – 134 in **Kurswechsel** 3/98

CHRISTEN Christian: **Gefährliche Illusionen über den Reichtum für alle**. Arbeitspapier der AG Pensionen, ATTAC Deutschland, auf [www.attac-netzwerk.de](http://www.attac-netzwerk.de).

GUGER, Alois: **Perspektiven der österreichischen Altersversorgung im internationalen Vergleich**, S. 535 – 546 in Wifo-Monatsberichte 9/1997.

---

<sup>45</sup> Nur ein Beispiel: BUND / MISEREOR (Hrsg.): *Zukunftsfähiges Deutschland. Auf dem Weg zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Birkhäuser, Basel / Boston / Berlin 1996.

GUGER, Alois / MAYRHUBER, Christine: **Erwerbsbeteiligung und Alterssicherung. Auswirkungen der Arbeitsmarktentwicklung auf die Pensionsquote**, Wifo-Studie, Wien, Februar 2001.

HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER:  
Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2000, Wien 2000.

HUFFSCHMID, Jörg: **Politische Ökonomie der Finanzmärkte**, VSA-Verlag, Hamburg 1999.

HYPOVEREINSBANK: **Age Wave – Zur Demographieanfälligkeit von Aktienmärkten**.  
Policy Brief 4/2001.

RÜRUP, Bert: **Perspektiven der Pensionsversicherung in Österreich**. Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Wien, Juni 1997.

SCHULMEISTER, Stephan: **Die unterschiedliche Wachstumsdynamik in den USA und Deutschland in den neunziger Jahren**. WIFO working paper 134/2000.

TÜRK, Erik: "Demographiebedingte Sozialstaatsdämmerung? Ist Kapitaldeckung und (Teil-) Privatisierung der Alterssicherung tatsächlich das Gebot der Stunde?" in Hans Sallmutter (Hrsg.): **Mut zum Träumen. Bestandsaufnahmen und Perspektiven des Wohlfahrtsstaates**, GPA Eigenverlag, Wien 2000.

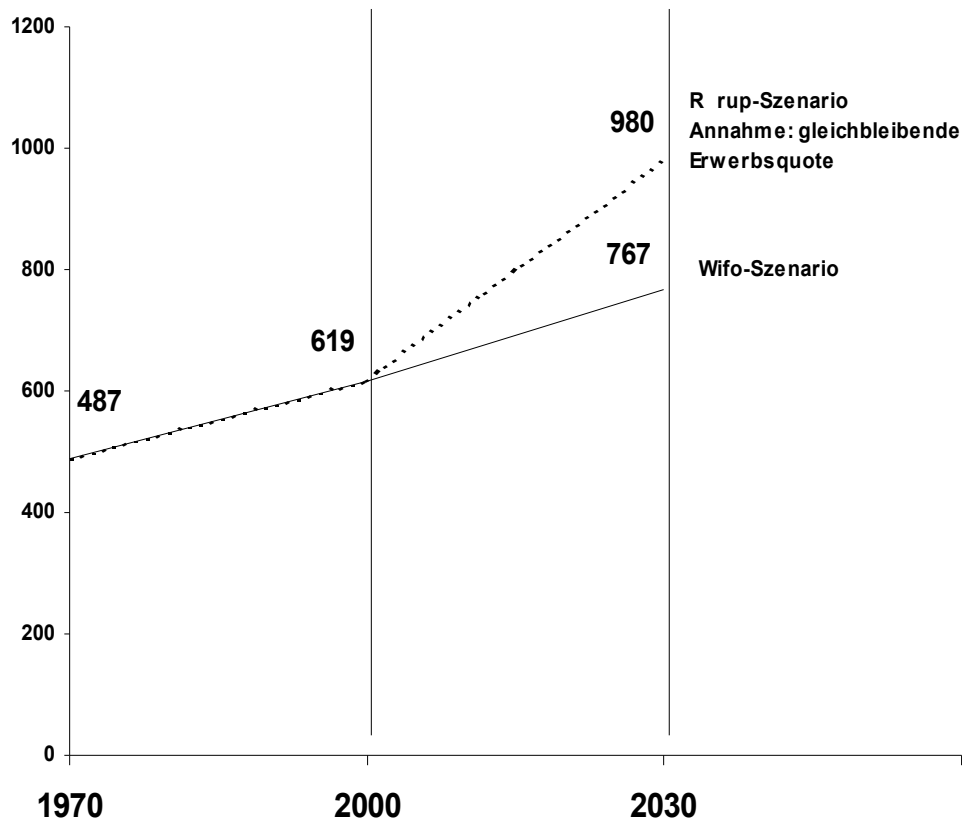
WAGNER Gert et al.: **Kapitaldeckung: Kein Wundermittel für die Altersvorsorge**, Wochenbericht 46/1998 des DIW Berlin (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung).

WALTHER, Herbert: "Was in der Pensionsdebatte gerne verschwiegen wird" in **BSA Akzente** 4/2000.

WEBER, Beat / REDAK, Vanessa: **Börse**, Europäische Verlagsanstalt/Rotbuch Verlag, Hamburg 2000.

## Langfristige Entwicklung der Pensionslastquote 1970 – 2030

Anzahl der Pensionen pro 1000 Beschäftigungsverhältnisse



Quelle: Wifo

Unter der Annahme, dass Österreich bis 2030 die **heutige** Erwerbsbeteiligung von Dänemark oder Norwegen erreicht, wird die Pensionslastquote in den nächsten 30 Jahren nicht stärker steigen als in den vergangenen 30 Jahren. Das Horrorszenario "eine PensionistIn pro Beschäftigter" wird auch in der Periode der ungünstigsten Demographie bei weitem nicht erreicht.

Historische (1970) und zukünftige (2030) Entwicklung  
 des mittleren Beitragsatzes (ASVG, GSVG, BSVG)  
 zur Pensionsversicherung:  
 Schrecken-Szenario (Rürup 1997)  
 und Reformszenarien (geschätzte Zahlen)

